

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig

Erstausgabe: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 16. Dezember 1925

Nummer 100

Die Bezugserneuerung zum Januar

auf den „Korrespondent“ hat spätestens bis zum 25. Dezember zu erfolgen. Für verspätete Bestellungen erhebt die Post einen Zuschlag von 20 Pf. für jedes bestellte Exemplar. Der Bezugspreis beträgt vom 1. Januar 1926 ab eine Reichsmark monatlich, ausschließlich Postbestellgebühr (12 Pf.). Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker regelt sich der Bezug künftig nach der Gesamtumfassung des Verbandsvorstandes in Nr. 99 des „Korr.“. Verspätete Bestellungen erfordern auch in diesem Falle 20 Pf. Zuschlag, der selbst getragen werden mußte.

Der Anzeigenpreis in dem „Korr.“

beträgt vom 1. Januar 1926 ab 20 Pf. bei allen Anzeigen kollektiver Herkunft, bei geschäftlichen Anzeigen 80 Pf. für die siebenstündige Zeile, da der bisherige Preis die Selbstkosten nicht gedeckt hat. Rabatt wird auch ferner nicht gewährt. Weiterbeförderung von Offerten nur gegen Befügung des gewöhnlichsprechenden Portos.

Schriftleitung und Geschäftsstelle

bestehen ab 1. Januar 1926 in Berlin SW 61, Oranienburgerstraße 5. Zuschriften an die Schriftleitung sowie alle für die Geschäftsstelle des „Korrespondent“ bestimmten Sendungen sind vom 30. Dezember ab nach Berlin aufzugeben. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs erscheint erst am 6. Januar 1926. — Fernsprechanschluß für den „Korrespondent“ ab 1. Januar 1926: Berlin, Amt Hasenheide, Nummern 1191 und 3141—3145.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesauschussführung

Am 8. Dezember trat der Bundesauschuss des ADGB in den Räumen des Reichswirtschaftsrats zu seiner ersten Tagung nach dem Breslauer Gewerkschaftskongress zusammen. Es wurden vor allem die Probleme behandelt, die sich aus der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft und ihren schweren sozialen Folgeerscheinungen ergeben. Nach eingehender Debatte faßte der Bundesauschuss die Forderungen, die er zur Überwindung der Wirtschaftskrisis und zur Erleichterung des Schicksals der von ihren Auswirkungen betroffenen Arbeiter zu stellen hat, in folgender einstimmig angenommener Entschlußfassung zusammen:

„Durch die augenblickliche Wirtschaftskrisis sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Vereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Vereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von

Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerezistenzen, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelsproben und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Geldzinsen. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Abflats- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.

Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestomenger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesauschuss gegen diese Versuche schärfste Verwarnung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Der Bundesauschuss verurteilt nicht die Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern.

Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuss beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkende Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern bzw. zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Vergabe von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enge Zusammenarbeit aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerlässlich.

Im weiteren Verlauf der Bundesauschussführung wurde Bericht erstattet über die bisherigen Beratungen des Sozialen Ausschusses des ADGB zum Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Staffelform der Beiträge und der Unterstützungen entsprechend der Verdiensthöhe wurde zugestimmt mit der Maßgabe, daß die Mindestunterstützungssätze, wie sie der Entwurf vorsieht, erhöht und auch höhere Lohnneinkommen, etwa bis zu 60 M. wöchentlich, bei der Unterstützungsbemessung berücksichtigt werden. Die Einbestellung der Kurzarbeiterunterstützung wird verlangt. Der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistung muß restlos durchgeführt werden. Hinsichtlich des Personenkreises, der Pflichtarbeit und der Streik Klausel muß der Entwurf grundlegend umgestaltet werden. Der Kosten- und Gehaltensausgleich der Versicherung muß auf einem Beitrag aufgebaut werden, der für das ganze Reich und für alle Gewerbe einem einheitlichen Prozentsatz der Löhne entspricht. Der Verwaltungsaufbau der Versicherung muß

so geregelt werden, daß die Beitragsträger — Versicherte und Unternehmer — entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung und die Geschäftsführung der Versicherung erhalten. Da die Arbeitslosenversicherung und der öffentliche Arbeitsnachweis organisch verbunden sein müssen, ist auch der Arbeitsnachweis dem entscheidenden Einfluß der Wirtschaft, der Unternehmer und der Arbeiter, zu unterstellen.

Der Bundesausschuß stimmte diesen Ausführungen einmütig zu.

Am zweiten Tage seiner Sitzung behandelte der Bundesausschuß den Referentenentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Nach einem Bericht des Bundesvorsitzenden erklärte sich der Bundesausschuß mit der bisherigen Stellungnahme der Bundesvertreter in vollem Umfang einverstanden. Er hält nach wie vor nachdrücklich an dem auf dem Breslauer Kongreß begründeten Standpunkt fest und erklärt insbesondere, daß die paritätische Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen (Handelstammern usw.) die unerläßliche Voraussetzung für die im Artikel 165 verprochene Mitwirkung der Arbeiter an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte ist. Die Beteiligung der Arbeiter am Reichswirtschaftsrat ermöglicht zwar in allerdings noch keineswegs zureichender Weise ihre Mitwirkung an der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, schließt die Arbeiter aber noch völlig von jeder, auch der bescheidensten Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung aus, wie sie durch ihre Mitwirkung in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Wirtschaft möglich werden würde. In den Berufstammern werden die wichtigsten Fragen der Wirtschaft behandelt und erledigt. Es widerspricht den Forderungen der Gewerkschaften wie den Zusicherungen in der Verfassung, daß in den Berufstammern die Unternehmer allein das Wort führen und ihren einseitigen Einfluß ausüben. Der Bundesausschuß besteht daher auf der Forderung, daß in dem Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat die notwendige Sicherheit für eine wirklich gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterschaft nicht nur im Reichswirtschaftsrat selbst, sondern auch innerhalb der öffentlich-rechtlichen Berufstammern gegeben werden müsse, oder daß durch ein gleichseitig zu verabschiedendes Sondergesetz auch die paritätische Mitwirkung in den Berufstammern herbeigeführt wird.

Privatkapitalistische und öffentliche Wirtschaft

Die während des Krieges aufgetretenen Mißstände der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die skrupellose Bereicherungssucht des kapitalistischen Unternehmers, das sich nicht scheute, die Not des Volkes in gewissenloser Weise auszunutzen, veranlaßten, daß der Sozialisierungsgedanke in den weitesten Volksteilen Eingang fand. Der Zusammenbruch des alten Systems, sein Verlangen auf dem Gebiete der Volksernährung sowie die Schwierigkeiten, die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, ließen die Sozialisierung selbst solchen Volksteilen als einzige Rettung erscheinen, die den dahingehenden Bestrebungen bis dahin wenig Sympathie entgegengebracht, sie sogar bekämpft hatten. Die Durchführung der auf die Sozialisierung der Wirtschaft gerichteten Forderungen scheiterte jedoch, nicht nur, weil die Voraussetzungen hierfür zur damaligen Zeit die denkbar ungünstigsten waren, sondern vor allem an der Uneinigkeit der Arbeiterschaft, die allein einem derartigen Vorgehen den erforderlichen Rückhalt bieten konnte.

Mit der allmählichen Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft verströmte die Forderung nach Sozialisierung in der Öffentlichkeit, andre Forderungen traten in den Vordergrund. Dennoch war sie nicht erledigt. Diese Stimmung hat denn auch in der in Weimar beschlossenen Reichsverfassung ihren Ausdruck gefunden. Nach Artikel 156 der Verfassung kann das Reich durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinnemäßiger Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Bergesellschaftungen geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmten Einfluß sichern. Auf dieser Grundlage sind Sozialisierungsgesetze erlassen worden, die insbesondere die gemeinwirtschaftliche Regelung bei der Ausnutzung von Kalk, Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks, Wasserkräften, sonstigen natürlichen Energiequellen und der aus ihnen stammenden Energie vorsehen. Die Öffentlichkeit hat von der Wirkung dieser Gesetze verhältnismäßig wenig erfahren. Der schnell wieder erstarkende Kapitalismus eröffnete einen heftigen Kampf gegen die Sozialisierung mit dem Ziel, deren weiteres Vordringen aufzuhalten, zugleich aber auch die bestehenden staatlichen und kommunalen Betriebe zur Auflösung und in seine Hände zu bringen, oder — soweit das nicht gelang — sie in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen umzuwandeln, in welcher Form sie für den privaten Kapitalismus unschädlich gemacht werden sollten. Unterstützt wurde er hierbei durch die ungünstige wirtschaftliche Lage, in die die öffentlichen Betriebe während der Inflationszeit gerieten, denen gegenüber die privaten Betriebe riesige Gewinne zu machen imstande waren.

Das von den kapitalistischen Interessenten verfolgte Ziel ist zum Teil, aber doch nicht in so erheblichem Umfang erreicht worden, als es beabsichtigt war. Mit der Beendigung der Inflation zeigte sich nämlich, daß die öffentlichen Betriebe keineswegs so lebensunfähig waren, wie man sie von kapitalistischer Seite hingestellt hatte. Unter der Wirkung der Währungsstabilisierung blühten sie schnell auf und erlangten ihre alte Leistungsfähigkeit wieder, während nun umgekehrt die so gerüttelten privatkapitalistischen Betriebe und die zum Teil ins ungesunde aus-

gewachsenen Konzerne zusammenbrachen, ein Vorgang, der vielen, die in ihrem Glauben an die öffentliche Wirtschaft wankend geworden waren, noch rechtzeitig die Augen öffnete und sie wieder auf den rechten Weg zurückführte. Das hat dazu beigetragen, daß die Aufhebung öffentlicher Betriebe nicht, ihre Umwandlung in gemischtwirtschaftliche nur vereinzelt gelang, besonders aber die Verschlagung der auf das heftigste angegriffenen Deutschen Werke mißglückte. Festgestellt kann sogar werden, daß sich heute in der Hand des Reiches, der Länder und Gemeinden eine weit größere Zahl von industriellen Unternehmungen befinden als vorher und das Bestreben besteht, diesen Besitz noch weiter auszudehnen.

Diese Bestrebungen treten nicht nur beim Reich, sondern auch bei den Ländern und Gemeinden hervor. Das Reich war schon bisher durch den Besitz der Reichsbahnen, der Reichspost und Reichstelegraphenverwaltung in Deutschland der größte Unternehmer. Die daneben in seinem Besitz befindlichen öffentlichen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Betriebe aufzuzählen, ist hier unmöglich. Zu den bedeutendsten Unternehmungen dieser Art gehören die Deutsche Bodenkultur A.-G., die Deutsche Wohnstätten G. m. b. H., die Redar A.-G., die Rhein-Main-Donau A.-G. und die „Biag“ (Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G., Berlin), ein Konzern, der eine Finanz-, Elektro-, Aluminium- und Stahlgroßgruppe mit zusammen 60 rechtlich selbständigen Unternehmungen mit einem Kapital von 600 Millionen Reichsmark umfaßt. Durch diesen Konzern hat das Reich in neuerer Zeit maßgebenden Einfluß auf die Braunschweigischen Kohlenbergwerke A.-G. gewonnen, wodurch es seine Kraftquellen zur Gewinnung von Elektrizität beträchtlich erweitert und von der Privatwirtschaft unabhängig macht. Dem gleichen Zwecke dient die Erwerbung der Aktienmehrheit der Elektrizitätswerke Liegnitz A.-G. in Schlesien, die mit der kommunalen Elektrizitätslieferungsgesellschaft A.-G. in Sagan und den Überlandwerken Oberschlesien A.-G. in Verbindung stehen. In ähnlicher Weise dehnte die deutsche Reichsbahn A.-G. ihren Einfluß durch Übernahme von 38 Proz. der Aktien der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft A.-G. in Köln sowie durch Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Deutschland auf Kosten des Privatbesitzes aus. Geplant ist, auch die bayerische Verkehrsgesellschaft „Bayerischer Lloyd“ in den Interessenbereich der Reichsbahn einzu beziehen, um so bestmöglich auf die Entwicklung des deutschen Kraftverkehrs einwirken zu können. Die gleichen Anläufe zur staatlichen Monopolisierung sind auch auf dem Gebiete des Luftverkehrswezens vorhanden.

Wie das Reich, gehen von den Ländern vornehmlich Preußen und Sachsen in der gleichen Richtung vor. Wie eine Ironie auf die kapitalistischen Treibereien mutet es an, wenn man erfährt, daß bei der Liquidation des Stinnes-Konzerns ein großer Teil seines Besitzes in die Hände des preußischen Staates übergegangen ist. So wurden u. a. erworben an Grundbesitz rund 10 000 Morgen Wald, ein Grundstück in Berlin, das Verwaltungsgebäude der Stinnes Eisenwerke A.-G. in Mülhausen und 12 Millionen Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. in Essen. Ebenso ging die Aktienmehrheit der Stinnes elektrischen Betriebe A.-G. in Hamburg und der Schweizer Gesellschaft für elektrische Industrieunternehmungen in Glarus aus dem Besitz der Firma Siemens & Halske in den Besitz des preußischen Staates über. Außerdem hat dieser an einer Anzahl bisher rein privatwirtschaftlicher Unternehmungen die Beteiligung erworben u. a. an der Überlandwerke und Straßenbahn A.-G., Hannover, der hannoverschen Waggonfabrik A.-G. „Hawa“, der Preußischen Bergwerks- und Hütten A.-G. „Preußag“, der Wirtelfabrik Fabre G. m. b. H. und der Firma Anton Kado Tiefbohrungen A.-G. in Salzgitter.

Hervorragend sind die Leistungen des Freistaates Sachsen auf dem Gebiete der staatlichen Industrialisierung. Durch sein Vorgehen ist er sehr zum Leidwesen des Industriekapitals bereits in der Lage, einen sehr starken Einfluß auf die verschiedensten Industriezweige auszuüben. Die staatliche Unternehmung „Sächsische Werke A.-G.“ steht mit der „Elektro A.-G.“ und zehn weiteren Industrieunternehmungen in enger Verbindung. Ferner hat der Staat das Kraftwerk „Westfahlen“, die Dichtberger Kraftwerke sowie die gesamten Stromverteilungsanlagen in einer Reihe von Amishauptmannschaften übernommen. An dem Thüringenwerk A.-G. und der Thüringenschen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. ist der Staat zur Hälfte beteiligt, während sich die andre Hälfte im Besitz des thüringischen Staates befindet. Daneben breitet Sachsen seine industrielle Beteiligung auch auf andre Gebiete, z. B. die Petroleumversorgung, Expedition usw., aus. In ähnlicher Weise geht man in Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg und Hamburg vor, seine Bemühungen besonders darauf richtend, die Stromversorgung staatlich zu monopolisieren.

Den privatkapitalistischen Unternehmern ist selbstverständlich das Vordringen der öffentlichen Wirtschaft im höchsten Maße unbecom. Sie betrachten es als unerhörte, daß der Staat in ihre Domänen einbricht und ihnen die bisher bestandenen Ausbeutungsmöglichkeiten einschränkt. Um so mehr ist diese Entwicklung im allgemeinen Interesse zu begrüßen. Daß der so sich ausbreitende Staatskapitalismus noch keine Sozialisierung darstellt, wie sie von der organisierten Arbeiterschaft gefordert wird, kann nicht abhalten, diese Entwicklung nach Kräften zu fördern. Denn wenn auch, wie Friedrich Engels in seinem Anti Dühring sagt, das Staatseigentum an den Produktionsmitteln noch nicht die Lösung der Bergesellschaftungsfrage ist, so bildet sie doch das formelle Mittel, die Handhabe dazu. Das gleiche gilt für die Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft.

Die „geschmackvolle“ Prinzipals-Zeitschrift

Unter der Rubrik „Rundschau“ brachte das Prinzipalsorgan im Laufe der letzten Monate folgende „geschmackvolle“ Hiftörchen: „Wahres Geschichtchen.“ Ein Hilfsarbeiter in einer Druckerei war im Verdacht, einige Kilo Stereotypmetall entwendet zu haben. Wegen Mangels an Beweisen wurde er vor Gericht freigesprochen, und der Verteidiger fragte ihn nach der Urteilsbegründung, ob er nun wirklich der Dieb gewesen sei. „Es ist so“, sagte der Arbeiter, „zuerst dachte ich wirklich, ich hätte das Metall gestohlen. Aber nachdem ich Ihre Rede gehört hatte, war ich sicher, daß ich es nicht gewesen sein kann.“ — „Der blaue Montag.“ Nach einer Verbandsfeierlichkeit findet der Faktor am Montag früh mehrere seiner Setzer an den Maschinen schlafend. „Schlaf nur!“ sagte er. „Solange Ihr schlaf, habt Ihr Arbeit. Wenn Ihr erst aufwacht, seid Ihr alle arbeitslos!“ — Im März 1925 berichtete ein Essener Prinzipal von seiner Amerikafahrt in der „Zeitschrift“, Seite 158. Nr. 22, folgendes: „Sehr nett ist der Ton zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er ist gewissermaßen kollegial. Der Amerikaner hat das Prinzip, der good fellow zu sein.“ Was nützen nun diese amerikanischen Erfahrungen der „Zeitschrift“? Bei ihr könnte man eher von Verwilderung der Sitten, heileiße aber nicht von nettem Ton reden.

Damit aber die „Zeitschrift“ erkennt, welche Sächselchen das Niveau ihrer „Rundschau“-Rubrik heben könnten, schreibe ich aus einer alten Zeitung folgendes Geschichtchen ab. Es hat vor allem den Vorzug, wirklich wahr zu sein: „Herr Th. v. Z., Drucker in Mainz, sagte vor ein paar Tagen zu L., seinem Setzer: „Sie sind jetzt 78 Jahre alt, haben treu und fleißig bei mir und meinem Vater gearbeitet — ich dachte, Sie ruhten jetzt einmal aus, behalten aber für Ihre Lebzeit, ohne zu arbeiten, Ihre volle Besoldung.“

Glauben nun die Kollegen, die „Zeitschrift“ würde Lehre annehmen? Nein! Mit Seide näht man keinen groben Sack. Darum schlage ich folgendes vor: Unsern älteren Kollegen ist gewiß manches Hiftörlein mit einem Prinzipal als „Selden“ bekannt. Zumal auch auf der andern Seite nicht bloß Engel sitzen. Teilt doch einmal im Stille der „Zeitschrift“ unsere Korrespondent-Korrekturen verdienstvolle Ergebnisse mit den Herren Prinzipalen mit. Sollte dann noch einmal solch dreifaches Geschmier in der „Zeitschrift“ stehen, dann, lieber „Korrespondent“, mache auch eine „Witkede über die Krauter“ auf, und dann aber „feste druff!“ Wiesbaden. „K n i g g e.“

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Über die Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission am 21. und 22. November in Bern entnehmen wir der „Belgetischen Typographia“ vom 11. Dezember folgenden Bericht:

Der Vorsitzende gedenkt des Hinscheidens des Kollegen Verban und ersucht die Mitglieder, dem Verstorbenen ein gutes Andenken zu bewahren. Im weiteren dankt er für die vielseitigen Beileidsbezeugungen von nah und fern. Dann gibt er Kenntnis von den getroffenen Anordnungen und der erledigten Arbeiten seit dem Tode des Sekretärs (Veranstaltung des Jahresberichtes, Herausgabe der „Mitteilungen“ und Korrespondenzen).

Die Frage der Ausrichtung einer Rente an Witwe Verban wird diskutiert und in gutstehendem Sinne erledigt. Gleichzeitig faßt die Kommission bezüglich der Versicherung des zukünftigen Sekretärs entsprechende Beschlüsse. Die Besoldungsfrage des Sekretärs wird erörtert und die engere Sekretariatskommission beauftragt, bis zur nächsten Sitzung der Erweiterten Kommission eine Gehaltsordnung auszuarbeiten.

Auf die erfolgte Ausschreibung des Sekretärpostens hin sind rechtzeitig sieben Anmeldungen eingegangen. Eine Anmeldung kam verspätet. Die Wahl erfolgt durch die Verbandsvorstände. Die Sekretariatskommission hat das Recht, einen ein- oder mehrfachen Vorschlag aus der Bewerberzahl zu machen. Die vorliegenden Bewerbungen werden diskutiert, und die Kommission einigt sich schließlich dahin, den Kollegen Grundbacher in den ersten Vorschlag zu bringen. Zugleich beschließt die Sekretariatskommission, dem nächsten internationalen Kongress eine Änderung der Statuten in dem Sinne zu beantragen, daß die Wiederwahl des Sekretärs jeweils auf die Tagesordnung der internationalen Kongresse zu setzen sei. Der Termin für die Vornahme der Wahl läuft bis zum 24. Dezember d. J.

Ein Schreiben des ungarischen Verbandes betreffend das Blatikum in Frankreich wird der engeren Kommission zur Erledigung überwiesen.

Der Vorsitzende orientiert die Sekretariatskommission über die Tarifbewegung im jugoslawischen Verbandsgebiet. Seine Ausführungen werden ergänzt durch Mitteilungen der Vertreter des deutschen und des tschechoslowakischen Verbandes. Die Kommission genehmigt die von der engeren Kommission bezüglich der jugoslawischen Bewegung gefassten Beschlüsse.

Der Vorsitzende berichtet über die Ereignisse in der Dissetangelegenheit seit der letzten Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission und dem internationalen Kongress der Lithographen in Köln. Die ausländischen Kommissionsmitglieder teilen ihrerseits die Vorkommnisse mit, die sich in ihren Verbandsgebieten ereignet haben. Am Schluß der Diskussion faßt die Sekretariatskommission die Aussprache über diese Frage folgendermaßen zusammen: „Das Internationale Buchdruckersekretariat hat durch die Fachpresse Kenntnis angenommen von den Beschlüssen des Internationalen Lithographenkongresses in Köln, die ihm

allerdings nicht offiziell mitgeteilt wurden; es empfiehlt den Verbänden, an den Hamburger Beschlüssen festzuhalten. Trotzdem ist das Internationale Buchdruckersekretariat jederzeit bereit, zur Verständigung in der Dissetfrage in neue Unterhandlungen einzutreten.“

Memelgebiet. Wie alle andern Organisationen in den Memelländern, die verwandtschaftliche und andre Beziehungen über die Memel hinüber haben, so haben sich auch die Buchdrucker nach der Abtrennung des Memelgebiets vom Deutschen Reich mit den Verhältnissen abfinden und sich auf eine Höhe stellen müssen. Die memelländischen Buchdrucker gehören dem Verband der Deutschen Buchdrucker nicht mehr an, mühten vielmehr einen eignen Verband im Memelgebiet gründen, der Verband der memelländischen Buchdrucker und verwandter Gewerbe heißt. Dieser Verband, der sich über das ganze Memelgebiet erstreckt, und dem die beiden Ortsvereine Memel und Heydekrug angehören, ist mit dem Verband der Deutschen Buchdrucker durch einen Gegenseitigkeitsvertrag verbunden. Mitglieder des deutschen Verbandes erwerben beim Eintritt in den memelländischen Verband die gleichen Rechte mit den memelländischen Verbandsmitgliedern und umgekehrt. Der 3. November war der Tag, an dem vor 25 Jahren die Memeler Ortsgruppe des Verbandes der Deutschen Buchdrucker aus der Taufe gehoben wurde. Bei der Gründung zählte sie etwa 20 Mitglieder. Das waren alle Buchdruckergehilfen, die damals in Memel konditionierten. Nach Beendigung des Krieges nahm die Mitgliederzahl, die im August 1914 infolge von Neugründungen von Buchdruckereien auf 38 angewachsen war, bedeutend ab. Heute zählt der Verein etwa 70 Mitglieder. Die Vereinstätigkeit ist überaus rege und ergibt einen erfreulichen Beweis dafür, daß auch in abgetrennten Gebieten die organisatorische und geistige Regsamkeit der Buchdrucker keinerlei Einbuße erfährt. Wir wünschen den Kollegen im Memelgebiet weitere organisatorische Erfolge.

Italien. Die Gewalthatte, die der Faschismus in Italien in Szene setzt, werden immer empörender und lassen gewisse Rückschlüsse auf die Zustände, die auch in andern Ländern eintreten könnten, wenn dort nationalstatisch-rassistische Fanatiker, z. B. die Stahlhelmer, zur unumschränkten Herrschaft gelangen würden. Der letzte Streich Mussolinis, des Oberhäuptlings der Faschisten, gegen die Demokratie und gegen die klaffenbewußte Arbeiterschaft Italiens war die Auflösung des italienischen Bucharbeiterverbandes und anderer Gewerkschaften. Obwohl der Verbandsvorstand zwecks Rückgängigmachung der Auflösung bei Mussolini vorsprach, ist doch zu befürchten, daß der Diktator auf seinem Willen bestehen bleibt und die Auflösung erfolgt. Zumal die Buchdrucker niemals in seiner Gefolgschaft waren und nie sein werden. Der Wahnsinn Mussolinis, in dem jedoch Methode liegt, begreift man erst vollkommen, wenn die schwarzen Pläne bekannt werden, die Mussolini bezüglich der Gewerkschaften durchzuführen will. Über deren Inhalt wukten die katholischen Gewerkschaften gelegentlich einer Kritik der Gesekentwürfe über die Neuregelung des „Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ einiges mitzuteilen. Was der Faschismus bezweckt und welche Gefahren für die Arbeiterschaft entstehen, das geht dann aus folgenden Forderungen hervor: 1. In jeder Kategorie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird nur eine einzige Gewerkschaft, wahrscheinlich die faschistische, staatlich zugelassen, wodurch die andern Gewerkschaften ohne Einfluß bleiben; 2. sämtliche Arbeitnehmer einer Arbeiterkategorie sollen gezwungen werden, Beiträge, die ihnen vom Lohn abgezogen werden, an die staatlich anerkannte Gewerkschaft zu zahlen, auch wenn die Arbeiter selbst dieser Gewerkschaft nicht angehören und ohne daß sich diese ihr nicht angehörigen Arbeiter irgendwie in dieser Gemeinschaft betätigen könnten; 3. Präsidenten und Sekretäre dieser Gewerkschaften bedürfen der staatlichen Genehmigung und können staatlich abgesetzt sowie die Gewerkschaftsmitglieder wegen ihres politischen Betragens ausgeschlossen werden; 4. die Überwachung der Gewerkschaften wird den politischen, statt den richterlichen Behörden übertragen werden; 5. Arbeiter werden zu Kollektivarbeitsverträgen gezwungen, bei deren Abschließung sie in keiner Weise mitwirken können; 6. Gewerkschaften der Staats- und Gemeindebeamten werden nicht zugelassen; 7. bei der Aufstellung von Schiedsgerichten an den einzelnen Appellationshöfen wird keine Sicherheit für eine wirksame Vertretung der beiden streitenden Parteien geboten. Eines Kommentars zu diesem Hirngespinnst eines ardenwahnstinnigen Diktators bedarf es nicht. Wenn er der Demokratie Italiens nicht bald gelangt, ihn von seinem Posten hinwegzuführen, dann droht dem Lande sicherlich schweres Unheil.

Südafrika. Am 3. Oktober wurde, wie die „Buchdruckerwoche“ zu berichten wußte, der Tarifvertrag zwischen Prinzipalen, Gehilfen und Hilfsarbeitern nach vierjähriger Verhandlung um zwei Jahre verlängert. Beide Teile sollen von dem Ergebnis sehr befreut sein, ein Umstand, der jedenfalls äußerst selten bei Tarifabschlüssen zu verzeichnen sein dürfte. Hat auch eine Erhöhung der Löhne nicht stattgefunden, so betrachten doch die Arbeiter das ihnen gewährte Zugeständnis einer automatisch mit etwaiger Lebensmittelverteuerung eintretenden Lohnsteigerung für sehr wertvoll. Es ist nämlich vereinbart worden, daß, sobald der Index der Lebenshaltungskosten um 5 Punkte (bisher 7 Punkte) steigt, eine entsprechende Lohnerböhung statzufinden hat, und bei weiterer Steigerung schon bei je 2½ Punkten. Ferner wurde vereinbart, daß konditionslos werdende Gehilfen sich zunächst um Einstellung bei den Mitgliedern des Prinzipalsverbandes zu bemühen haben, so daß also die dem letzteren Verbands nicht angehörigen Firmen auch bei höherem Lohnangebot keine Arbeitskräfte erhalten, solange Verbandsmitglieder Stellen zu vergeben haben. Bei den Verhandlungen wurde festgelegt, daß es zurzeit 331 Setzmaschinen und 351 Maschinensetzer gibt, so daß nur ganz wenig Maschinen in doppelter Schicht arbeiten können.

Korrespondenzen

Magdeburg. In der Versammlung vom 7. November beging Kollege Joseph Burkhardt sein 50. Verbandsjubiläum. Vorsitzender Stier gedachte in einer kurzen Ansprache der Verdienste, die sich der Jubilar in seiner langen, treuen Mitgliedschaft erworben hat und überreichte ihm das übliche Gau- und Ortsgeheimt. Nach Erledigung einiger Aufnahmen und des Kassenberichts ergriff Stadtrat Inhofer das Wort zu einem Vortrag über „Gewerkschaft und Genossenschaft“, der sich des größten Interesses der auf besuchten Versammlung erfreute. Der dritte Tagesordnungspunkt behandelte ein trauriges Kapitel: das Restantenunwesen. Selbstamerweise sind es lauter junge ortsanfässige Kollegen. Von der Versammlung kam der Antrag, gar nicht so lange zu warten, sondern schon eher mit Ausschluß vorzugehen. Genehmigt wurde nach langer Debatte, den Wochenrapport im Druck herauszugeben und zur Bestreitung der dadurch entstehenden Unkosten den Ortsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Verschiedene lokale Angelegenheiten fanden dann noch Erledigung.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensetzerverein.) In der Versammlung am 8. November gedachte der Vorsitzende in bewegten Worten des Ablebens unsres Kassierers Adolf Glüer, der zehn Jahre dem Vorstand angehört und auch fünf Jahre als Redakteur der „Technischen Mitteilungen“ tätig war. Während dieses Rahmens hatten sich die Versammelten von den Plänen erhoben. In seinen Vereinsmitteilungen behandelte der Vorsitzende die momentane Lage ausführlich und bat, die vom Vorstand ausgehenden Richtlinien zu beachten. Angehts der großen Arbeitslosigkeit wurde folgender Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen: Kollegen, die bis zum Versammlungstage (8. November) bereits 14 Tage arbeitslos waren und sechs Monate unserm Verein angehören, erhalten 10 M. Mietsbeihilfe. Hierauf hielt Kollege Richter (Leipzig) einen Vortrag über „Praktische Spartenarbeit“. Für seine beachtenswerten Ausführungen spendete die Versammlung dem Vortragenden großen Beifall. Eine lebhafteste Debatte schloß sich an. Zur Aufnahme meldeten sich 26 Kollegen.

Vorstand. Unsere diesjährige vierte Bezirksversammlung hatte sich nur eines mäßigen Besuches zu erfreuen. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den Vortrag zweier Lieber durch die hiesige „Topographia“. Der Bezirksversammlung voraus ging eine Versammlung der Sterbefallensmittelüber des Bezirks, in der beschlossen wurde, das Umlageverfahren beizubehalten und je Sterbefall 1 M. (bisher 70 Pf.) zu erheben. Ferner wurde eine Karenz von sechs Monaten festgesetzt. In der Bezirksversammlung wies Kollege Elstermann auf die nächstjährige Jubiläumfeier des Verbandes hin, die am hiesigen Vorort festlich begangen werden soll. Er erwähnte die langesundigen Kollegen, der hiesigen „Topographia“ beizutreten; es wäre gerade kein schönes Zeichen von Kollegialität, daß die meisten hiesigen Buchdrucker bürgerliche Gesangsvereine bevorzugen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und gab zu Monita keinen Anlaß; dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Alsdann referierte Kollege Elstermann über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln. Hieran schloß sich eine lebhafteste und ausgiebige Debatte. Vor allem war es wieder der leidige Maternaustausch im Zeitungsbetriebe, der die Kollegen auf den Plan rief. Es wurde beschlossen, sämtliche Matern, die keinen künstlerischen Einschlag hätten, zurückzuweisen. Die Versammlung wünscht, daß der nächste Verbandstag auf dieser Materie Stellung nimmt. Die Kollegen wurden ferner darauf hingewiesen, daß sie auf jeden Fall bei eintretendem Konditionswechsel bei dem zuständigen Gauvorstand Erkundigungen einzuziehen hätten. Dieses soll in Zukunft mehr berücksichtigt werden. (Eigentlich selbstverständlich, aber für die Herren Versammlungsschwäger zur gefälligen Notiz, da sie anscheinend von dieser Einrichtung keine Ahnung haben. D. Schrift.) Zu den Richtlinien des Prinzipalsvereins wurde Stellung genommen, die entsprechende Beschlüsse zeitigten. Die nächste Bezirksversammlung findet statutenmäßig am Vorort statt. — Nach der Versammlung besichtigten die Kollegen die riesige neuerbaute Sporthalle „Westfalenhalle“ (die größte Europas); sie faßt 12 000 Personen.

Erlangen. Am 8. November fand hier unsre Herbstbezirksversammlung statt. Anwesend waren 50 Kollegen, und zwar 35 von Erlangen, 13 von Forchheim und je ein Kollege von Hückstadt a. N. und Herzogenaurach. Bezirksvorsitzender Pfister begrüßte die Erschienenen, insbesondere unsern zweiten Gauvorsteher Dölling (München), und widmete dem verstorbenen Kollegen Paul Schlichts (Berlin), dem langjährigen und hochverdienten Geschäftsführer des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker, einen ehrenden Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken dieses Kollegen durch Erheben von den Sitzen. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind befriedigende und der Geschäftsgang ist in allen Bezirksorten ein sehr guter. Arbeitslose sind keine zu verzeichnen. Nachdem der Kassenbericht erstattet und verschiedene Bezirksangelegenheiten erledigt worden waren, hielt Kollege Döhling einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. Er ging von der Gründung des Verbandes in Leipzig im Jahre 1866 aus und stellte fest, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker das, was er bei der Gründung versprochen, bis jetzt auch gehalten hat. Als vorbildlich bezeichnete er unsre Unterstützungseinrichtungen und unser über das ganze Reich verbreitetes Tarifwesen. Er geistelte die Absichten des Industriellenverbandes, die dahin gehen, keine Arbeits- und Tarifverträge mehr abzuschließen. Dann freizette er den Gewerkschaftsbonaroh in Breslau und taum auf die gegenwärtigen Ausperrungen zu sprechen. Ferner verurteilte er, wie von den maßgebenden Stellen immer wieder versucht wird, das Inkrafttreten der vielumstrittenen Lehrlingsordnung hinauszuschieben, leider

mit Erfolg. Zum Schluß warnte er vor Arbeiterzersplitterung und appellierte besonders an die jüngere Generation, von den im Bildungswesen gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten regen Gebrauch zu machen; denn nur durch Weiterbildung sei es möglich, unsre Lebenslage zu verbessern. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine lehrreichen Ausführungen, und Vorsitzenden Pfister dankte ihm im Namen aller Anwesenden. — In angeregter Stimmung blieben die Kollegen noch bis zur Abreise unsres Gastes beisammen.

Essen. Unsere letzte diesjährige Bezirksversammlung am 18. November hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein können. Wohl der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Bericht des Bezirksvorsitzenden von der Bezirksvorsteherkonferenz, der eingehend behandelt und debattiert wurde. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß auf dem Lohngebiet unbedingt etwas geschehen müsse, der Manteltarif zu kündigen sei und tunlichst nicht allzu langfristig abgeschlossen werden möge. In unsrer Lehrlingsabteilung geht es erfreulich gut voran und es soll hier für die Folge noch mehr geboten und geschafft werden, wozu jeder Kollege mit Hand anlegen muß. Mit dem Wunsche, daß die gesamte Kollegenchaft mehr Gewerkschaftsarbeit leisten möge, wurde die gutverlaufene Versammlung von Vorsitzenden Böhnig geschlossen.

Gleiwitz (Oberschl.). Unser Ortsverein feierte am 8. November sein 25jähriges Stiftungsfest, verbunden mit der Ehrung von fünf Jubilaren. Festsaal und Bühne prangten in prächtigem Blumenschmuck. Vom Gauvorstand waren erschienen Gauvorsteher Fiedler und Gauverwalter Hofrichter (Breslau), ferner Vertreter des Deutschen Buchdruckerverbandes der Wojewodschaft Oberschlesiens, der Hauptvorstand aus Kattowitz, Bezirks- und Ortsvorstand Kaitbor, Bezirks- und Ortsvorstand Beuthen, die Vorstände aus Hindenburg und Cosel, der Vorsitzende der Oberschlesischen Maschinensetzervereinigung Kollege Bernardt, Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, Pressevertreter und einige Breslauer Kollegen. Nach einleitenden Musikvortrügen begrüßte Vorsitzender Kramer die Festversammlung und erschienenen Gäste mit herzlichen Worten. Hierauf wechselten musikalische und gesungene Darbietungen in bunter Reihenfolge. Der Gesangsverein „Topographia“ unter Leitung des Kollegen Gohmann hatte bei dieser Jubelfeier wieder Gelegenheit, sein Können zu beweisen. Ganz hervorragend waren die Leistungen seines Quartetts, sowie die Tenorsolis des Kollegen Wollinet, die stürmischen Beifall auslösten und die Vortragenden zu Einlagen zwang. Gauvorsteher Fiedler hielt die Festrede, die allgemeinen Anklänge fand. Kollege Hofrichter sowie alle erschienenen Vertreter und Gewerkschaftssekretäre brachten dem Jubelverein teils in ernsten, teils in humoristischen Worten ihre Glückwünsche dar. Hierauf erfolgte seitens des Vorsitzenden mit Dankesworten die Ehrung der Jubilare, jedem ein prächtiges Diplom und eine Standuhr überreichend. Kollege Bernhardt überreichte mit einer Ansprache den Maschinensetzern Jubilaren schöne Stammeidel. Namens der Jubilare dankte Kollege Schindler. Ein von einer Dame vorgelegener Festarab und ein dazu gestiftetes Geschenk, ein großer prächtiger Humpen mit Widmung unsres Gründers, Kollegen Radolfs (surzeit Stuttgart), löste bei der Festversammlung große Freude aus. Der Vorsitzende nahm denselben mit Dankesworten entgegen und es wurde beschlossen, sofort ein Danktelegramm an den Spender abzusenden. Der Festabend vereinigte hierauf alle Teilnehmer zu einer Abendtafel, wobei außer leiblichen Genüssen, auch solche in poetischer Form in Gestalt von gemeinsamen Festliedern und Gesängen dargereicht wurden. Ein wohlgelegener Festball hielt die Teilnehmer bis zum Morgengrauen beisammen. So verlief das schöne, durch keinen Mißton getrübt 25. Stiftungsfest in bester Harmonie und hinterließ bei allen Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck. Besonderen Dank gebührt der Firma Neumann, die die Festdrucksachen gratis zur Verfügung stellte.

Hannover. In unsrer am 12. November abgehaltenen, gutbesuchten Versammlung hielt der ehemalige braunschweigische Minister, Kollege Steinhilber, ein Referat über „Gewerkschaften und Auslandspolitik“. In seinen Ausführungen zeigte der Referent, wie eng die Auslandspolitik mit den wirtschaftlichen Vorgängen verknüpft ist und daß es selte, durch eine vernünftige Außenpolitik, als deren Anfang Locarno zu bezeichnen sei, die Bahn für die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland frei zu machen. Mehr als bisher müsse jeder Gewerkschaftler sein Augenmerk der Auslandspolitik zuwenden, denn von ihr hänge, wie Redner an zahlreichen Fällen nachwies, die Wiedererstarbung des Wirtschaftslebens in hohem Maße ab. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen Vortrag. Vorsitzender Lüdke behandelte sodann die „Preisrentenaktion“ der Regierung und zeigte an Hand der Statistiken, daß es den Kreisen, die an den ungeheuren Gewinnen interessiert sind, gelungen sei, diese „Aktion“ zu parieren und daß aus all den Versprechungen, die den Zweck verfolgten, die Löhne der Arbeiterchaft auf dem niedrigsten Niveau zu halten, wieder einmal nichts geworden sei. In der Diskussion wurde die Langfristigkeit des jetzigen Lohnabkommens lebhaft kritisiert und verlangt, daß mit seinem Ablauf eine gerechter Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung geschaffen werde.

Jugoslawien. Am 8. November fand hier unsre Herbstbezirksversammlung statt, die bei einer Teilnehmerzahl von 40 Kollegen sehr anregend verlief. Zu dieser war Kollege Strauß (München) als Referent gewonnen, der mit seinem sehr ausführlichen und interessanten Referat „Gewerkschaftliche Tagesfragen“ verdienten Beifall fand. Die hierauf einsetzende Diskussion brachte verschiedene Meinungsverschiedenheiten, die durch den Referenten sachlich aufgeklärt wurden. Die Vorstandschaft wurde mit Ausnahme des Schriftführers wiedergewählt. — Anschließend an die von kollegialem Geiste getragene Versammlung

bereicherte uns Kollege F e s e r, Kreisammlungsleiter vom Kreis München im Bildungsverband, mit einem sehr lehrreichen Referat über eine Inzeratentrundsendung. Infolge der fortgeschrittenen Zeit mußten viele Kollegen zur Bahn und konnten infolgedessen nunmehr hauptsächlich die Angollstädter Kollegen dem Referate beiwohnen und das reichhaltige Anschauungsmaterial besichtigen. Nächster Tagungsort ist Pfaffenhofen.

Sch. Inkerburg. In unserer gutbesuchten außerordentlichen Versammlung am 14. November wurde zunächst ein zugereifter Kollege vom Vorsitzenden begrüßt. Dann hielt Kollege Schröder einen Vortrag: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker von 1888 bis 1925“. Beginnend mit dem Hinweis auf das kommende Jahr, in welchem der Verband 60 Jahre besteht, gab der Redner ein klares Bild von der Entwicklung und dem Emporblühen der Organisation, die heute einen Mitgliederhöchstand aufweise. Er streifte dabei gleichmäßig das Unterstützungswesen. Die Gewerkschaft sei nicht eine Unterstützungskasse, sondern in erster Linie Kampfklasse. Der Referent ging dann noch auf die Bekräftigungsordnung ein und schloß mit einem Appell an Kollegialität und Solidarität und einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Verband. Vorsitzender S ä m a n n schritt dann zur Weihe eines Tischbanners. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Banner ein Symbol bilde, auf das wir uns noch fester zusammenschließen zum Wohl unseres großen Verbandes. Er weihte das Banner mit dem Motto: „Einigkeit macht stark“. Ein Festkommers schloß sich an diesen Akt, der in alter Buchdruckerweise alle Kollegen zusammenbrachte.

Memmingen. Am 8. November fand in Mertissen unsere Herbstbezirksversammlung statt. Sie war gut besucht, trotzdem ein paar Orte mit Abwesenheit glänzten. Es wurden mehr tarifliche und gewerkschaftliche Fragen erörtert. So wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß bei den nächsten Lokalausschlagsberatungen eine Gruppe des Bezirks zu ihrem Rechte kommen möchten. Es kam zum Ausdruck, daß in dieser Beziehung Bezirk und Gau zur Erreichung dieses Zieles ihre ganze Kraft einlegen sollten. Auch kam das oft verspätete, manchmal sogar nichteintreffende der Bezirksbeiträge zur Sprache, unter Hinweis auf § 10 Absatz 1d der Satzungen. Die nächste Versammlung findet in Mindelheim statt. Nach Schluß der Versammlung ging man zum gemüthlichen Teil über, wobei sich einige musikalisch begabte Kollegen mit Violin-, Gitarre-, Klavier- und sonstigen musikalischen Vorträgen zur Verfügung stellten. Es sei den betreffenden Kollegen auch an dieser Stelle Dank gesagt.

Nordhausen a. S. Die am 1. November hier abgehaltene Herbstbezirksversammlung war von 80 Kollegen besucht; eine recht gute Teilnahme bei unserem kleinen Bezirk. Nach Begrüßungsworten des Bezirksleiters Keil und der Erstattung der Situationsberichte aus den Druckorten des Bezirks nahm Gauvorsitzer König (Halle), von der Kollegenschaft herzlich begrüßt, das Wort zu seinem Referat: „Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften“. In ausgearbeiteter Weise verstand es der Referent, ein klares Bild von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zu zeichnen. Zum Schluß wandte sich der Referent den Hauptpunkten und wichtigsten Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftskongresses zu und besprach dann noch die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Lebhafter Beifall dankte ihm für sein vorzügliches Referat. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage des Industrieverbandes erörtert. Bezirksleiter Keil schloß die Herbstbezirksversammlung mit dem Hinweis, daß der Ortsverein Nordhausen im April kommenden Jahres beabsichtigt, sein 25. Stiftungsfest, verbunden mit Bannerweihe, in größerem Rahmen zu feiern.

Nossen i. Sa. In unserer gutbesuchten Jahreshauptversammlung konnte der Ortsverein Nossen-Siebenlehn auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Obwohl während der Inflationszeit gegründet, ist die Mitgliederzahl bereits auf 20 gestiegen. Die Versammlung beschloß, neben der Pflege der Kollegialität in Zukunft durch Vorträge, Besprechungen und Besichtigungen auch das berufliche Wissen zu heben.

Pirna. Die am 15. November hier abgehaltene Bezirksversammlung mit anschließender Bezirkslehrlingskonferenz konnte sich fast restloser Teilnahme erfreuen. Vertreten waren Pirna mit 34, Sebnitz mit 12, Neustadt mit 12, Schandau mit 2 und Königstein mit 2 Kollegen sowie 19 Lehrlinge des Bezirks. Bezirksvorsitzer Harlab begrüßte zunächst unsern Gauvorsitzer Freitag und dessen Stellvertreter und Gaulehrlingsleiter Baumeister (Dresden). Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Ehrung des Kollegen Prockl (Pirna) anlässlich seiner 25jährigen Verbandszugehörigkeit. Es war dies der 17. Jubiläumstag des Ortsvereins Pirna. Den Höhepunkt der Tagung bildete sodann der treffliche Vortrag des Kollegen Freitag über das Thema „Lehrlingsordnung und Organisation“. Seine zu beherrschenden Ausführungen klangen aus in den Worten: In Disziplin Achtung vor den erworbenen Ämtern, in wahrer Kollegialität und Freundschaft Rat und Unterstützung den Jungen. Martialische Worte des Kollegen Baumert beschloßen die Aussprache. Weiden Rednern wurde wohlverdienter Beifall erteilt. Die Berichte aus den Mitgliedschaften zeigten einerseits fast allortorts guten, ertragsreichen Geschäftsgang, andererseits bittere Enttäuschung über das Ausbleiben der sicher erhofften Lohnerhöhung bei fortgesetzter Verteuerung der Lebenshaltung usw. Eine vernichtende Kritik erfuhr das Preisabbaul- und Lohnsteuermandat. Gauvorsitzer Freitag wies eine ihm zugeordnete Unterlassung auf dem Gebiete der Lohnforderung zurück durch Verlesung einer vom Gauvorstand an den Verbandsvorstand abgeforderten Eingabe. Die Kollegen des Bezirks Pirna erwarten nunmehr, daß ihre Enttäuschung bald wettgemacht werde. Den von der Prinzipalität angebotenen Lohnabbau empfand man als eine Verhöhnung der Gehilfenchaft. Nach Besprechung einiger

interner Angelegenheiten erreichte die Versammlung, der sich eine Lehrlingskonferenz unter Leitung des Kollegen Baumeister anschloß, ihr Ende. — Ein gemüthlicher Teil, bestehend in musikalischer Unterhaltung und Vorträgen, hielt die Versammelten noch einige Stunden in kollegialer Weise zusammen.

r. Siegen. Am 15. November tagte hier unsere letzte diesjährige Bezirksversammlung. Ihr Besuch war gut. Die Abrechnung vom dritten Quartal lag gedruckt vor, und dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Nach Ehrung des Kollegen Hüfner aus Anlaß seiner 25jährigen Organisationszugehörigkeit erfolgte Berichterstattung von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Köln. Die seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins herausgegebenen Richtlinien erliefen schärfste Beurteilung. Die Anwesenden erblickten darin eine Beschränkung der Freizügigkeit der Gehilfen, eine Maßnahme, der schärfster Protest entgegenzusetzen sei. Über „Die Druckmaschinen der Weltausstellung in Wembley“ referierte sehr eingehend Kollege Kroll (Köln). Dann fanden noch einige Interna ihre Erledigung. — Ein gemüthliches Beisammensein mit Damen bildete einen würdigen Abschluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Stahlfurth-Geopoldsdorf. Vor kurzem konnte unser Kollege Obermaschinenmeister Otto Seilkopf auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Für unsern Ortsverein war dies der erste Fall, den wir seit Bestehen des Vereins zu verzeichnen haben. In letzter Versammlung wurde der Jubilar seitens seiner Kollegen in feierlicher Weise geehrt und es wurde ihm von Seiten des Ortsvereins unter ehrenden Worten ein nützlichcs Geschenk überreicht. Möge es unserm lieben Kollegen Seilkopf, der ja auch der Gründer unseres Ortsvereins ist und viele Jahre hindurch Vorsitzender, Kassierer u. dergl. war, vergönnt sein, noch recht lange Jahre unserm Berufe und Verbanne gesund erhalten zu bleiben.

Zweibrücken. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins wies einen äußerst guten Besuch auf, womit die Mitglieder dokumentierten, daß sie der vom Gau vorgeseheneu Bezirksneueinteilung unsympathisch gegenüberstehen. Nachdem Kollege Kreis sich etwas über das Thema verbreitet hatte und nochmals über die auf dem 33. mittelhessischen Gaugtag gepflogene Aussprache referierte, setzte eine rege Diskussion ein, an der sich fast alle Kollegen beteiligten. Einmütig kam zum Ausdruck, daß der Gauantrag Ablehnung erfahren müsse, wollte man nicht die Kollegialität noch weiter untergraben. Die Ansicht der Gauverwaltung, daß die Bezirksversammlungen besser besucht würden, muß bezweifelt werden. Ein Blick auf die Landkarte müsse genügen, zu erkennen, daß es ein Unding sei, ein neues Gebilde von der nördlichsten Spitze der Pfalz bis zur äußersten Westecke entstehen zu lassen. Wer die kommenden Vergünstigungen wünscht, der möge mal verschiedene Reisen von hier nach Kaiserlautern (dem neuen Bezirksvorort) unternehmen, durch das Saargebiet (die kürzere Strecke) drei Zollkontrollen, über Biebermühle ein stundenlanges Umherliegen. Auch der Glaube, daß der Bezirk aktionsfähiger sei, muß verneint werden, wie auch der Gedanke, daß es den jetzigen Bezirksvorsitzern, die unter den „Altbau“ fielen, es nur um ihr Titelchen geht. Die Vereinslokalfrage wurde bis zur Generalversammlung zurückgestellt, ebenso auch der Punkt Ergänzungswahl zum Vorstand. Um die Kollegialität auch weiter zu heben, findet in internem Kreise eine Weihnachtsfeier statt. Ebenso wird uns Kollege B o o c h bald wieder mit einem fachtechnischen Vortrag erfreuen, nachdem sein diesmaliger, „Verwendung der Elektrizität im Buchdruckgewerbe“, allgemeinen Anklang gefunden hatte.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma Dr. Kirsch in Aschaffenburg hat anlässlich des Weihnachtsfestes ihrem Gesamtpersonal einen Extrawochenlohn sowie den Angestellten ein halbes Monatsgehalt als Geschenk überwiesen.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Magdeburg bestand Kollege Paul Kiedel die Meisterprüfung.

Gehilfenprüfung in Elberfeld. An der Gehilfenprüfung in der Barmer Kunst- und Handwerkskammer am 7. Dezember nahmen fünf Seher und drei Drucker teil. Sämtliche Prüflinge bestanden die Prüfung. Es erhielten im Praktischen ein Seher die Note „Gut“, vier Seher „Genügend“, drei Drucker „Gut“. Im Theoretischen drei Seher „Gut“, zwei „Genügend“, ein Drucker „Recht gut“, einer „Gut“, einer „Genügend“.

Ein Fünfsziger. Kollege Paul Löbe, der Präsident des deutschen Reichstages, vollendete am 14. Dezember sein 50. Lebensjahr. Aus dem Lebenslauf des bekannten Parlamentariers und allseitig geschätzten Präsidenten des Reichsparlamentes sei hier nach einem „Vorwärts“-Artikel einiges mitgeteilt. Bald nach der Beendigung seiner Lehrzeit in Siegen ging Kollege Löbe in die Fremde, arbeitete als Gehilfe in Mitteldeutschland und Thüringen, tipfelte durch Österreich, Ungarn, Italien und fand, nach Deutschland zurückgekehrt, wieder Kunst in Breslau. Raum 23jährig wurde Löbe in die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ berufen, für die er bereits vorher als gelegentlicher Mitarbeiter tätig war. Seit 1902 führte er die politische Redaktion des Breslauer Parteiblattes selbständig. Die Breslauer Justiz, die bis in die Kriegsjahre hinein sich als eine besonders reaktionäre Blüte erwies, hat auch Paul Löbe mehrfach in ihre Fänge genommen. Seine Entlassung bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein löste ein Gerichtsurteil aus, das ihn wegen eines Aufrufs zu Wahlrechtsdemonstrationen auf ein volles Jahr ins Gefängnis verurteilte. Seit 1909 ist Löbe ununterbrochen im Redaktionsverbanne der Breslauer „Volkswacht“ geblieben. Als er 1918

in die Nationalversammlung und dann in den Reichstag gewählt wurde, brachte ihm die parlamentarische Tätigkeit neue Aufgaben von größter Bedeutung. Besonders die Wahl zum Reichstagspräsidenten ließ seine glänzende Fähigkeit, zu leiten und zu vermitteln, auch weiteren Kreisen offenbar werden. Die Arbeiterbewegung kann stolz sein auf Männer solchen Schlages, wie Paul Löbe einer ist.

Weihnachtsausstellung im Leipziger Buchgewerbehaus. Der Deutsche Buchgewerbeverein eröffnete am 10. Dezember im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig eine Weihnachtsausstellung, deren Besuch niemand versäumen sollte, der zu dem herannahenden Weihnachtsfest zu Geschenkwedden künstlerischen Wandschmud, Bücher oder andre buchgewerbliche Erzeugnisse zu erwerben gedenkt. Die Wandflächen in der Gutenberghalle sind bedeckt mit künstlerischem Wandschmud aller Art. Besondere Beachtung verdienen die Schaukästen mit Mappen und Prachtwerken aus den verschiedenen Verlagshäusern. Der deutsche Buchverlag ist mit zahlreichen Erscheinungen schöner Literatur und Literaturgeschichte, der Weltgeschichte, der Technik, des Handels und Gewerbes, der Kunst und des Kunstgewerbes, der religiösen Erbauung, der Schule, der Erziehung und der Land- und Forstwirtschaft vertreten. Der Musikverlag bietet in reicher Auswahl klassische sowie auch moderne Kompositionen. Eltern und Freunde der kleinen Welt finden zur Auswahl eine besondere Abteilung mit wunderschönen und guten Bilderbüchern. Einen erfreulichen Beweis des Hochstandes der deutschen Kunstbuchbinderei, sowohl hinsichtlich der Entfaltung eines guten Geschmacks als auch hinsichtlich des technischen Könnens, liefern die unter besonderem Verschluss ausgelagerten Bücher mit künstlerischem Bucheinband der maßgebenden Buchbindereien. In der Ausstellung selbst findet kein Verkauf statt, dieser geht durch die Buchhandlungen vor sich.

Seltene Störung eines Druckereibetriebes. Unter dieser Spitzmarke berichtete die „Papierzeitung“ über folgenden seltsamen Vorgang: Da „Offenbacher Zeitung“ erlitt kürzlich Luftentlast in ihrer Herstellung dadurch, daß durchs Fenster ein Eichhörnchen in den Maschinenraum kam und in der großen Rotationsmaschine herumspang, ohne sich aus dem Räder- und Walzenwerk herauslagern zu lassen; die Maschine mußte daher stillgesetzt werden. Schließlich hüpfte es in einen offenstehenden Kessel mit Druckerwärme, worin es umkam.

Berliner Lehrlingslosgeldhöhe. Die „Berufstündlichen Mitteilungen des Landesarbeitsamts Berlin“ brachten kürzlich eine Zusammenstellung der in den einzelnen Berufen für Lehrlinge geltenden Vergütungs- oder Losgeldsätze. Danach waren die höchsten wöchentlichen Entschädigungssätze in Geltung bei den Böttchern (10 M. im ersten, 15 M. im zweiten, 20 M. im dritten Lehrjahr) und bei den Brauern (12 M., 18 M. und 25 M.). Das niedrigste Losgeld mit 2 M. wöchentlich, steigend mit jedem Lehrjahr um 2 M. bis zu 8 M., erhalten Mechaniker und Optiker. Selbst im Friseurgewerbe wird etwas mehr gezahlt, und zwar 2,80 M. im ersten, 5,60 M. im zweiten und 8,40 M. im dritten Lehrjahre. 3 M. im ersten Lehrjahre zahlen Bandagisten, Chirurgiemechaniker (dann 4, 5 und 6 M.), Klempner, Tapezierer und Radierer in Karosseriefabriken (steigend auf 5, 8 und 12 M.), Optiker (4,50, 6 und 9 M.), Orthopädiemechaniker und Uhrmacher (4, 5, 6 M.), Drechsler (dann 4, 5, 6 M.), Intarsienhauer, Korbmacher, Modellstecher (Sinnung), Stellmacher, Tischler, Tischler und Bäcker. 4 M. im ersten Lehrjahre zahlen die Blechmusikinstrumentenmacher, Elektrostallateure, Emailleure, Gelbgießer und Goldschmiede, Radler, Schlosser, Siebmacher, Silberbeschmiede, Werkzeugmacher, Zeugschmiede, Ziseleure, Mechaniker, Portefeuller und Stummacher, Sattler, Tapezierer und Polsterer, Täschner, Holzbildhauer, Kürschner, Schuhmacher und Schilderemaler. Mit 4,50 M. beginnen die Sätze der Klempnerinnung, mit 4,48 M. die der Kupferbeschmiede und mit 4,80 M. die der Buchdrucker (steigend bis 19,20 M.), mit 4,90 M. die der Zuschneider und mit 4,92 M. die der Portefeuller in Lederwarenfabriken. 5 M. im ersten Lehrjahre zahlen wöchentlich die Rahmens- und Leistenvergolder, Rahmentischler und Rahmenschnitzer, die Zuschneider in der Bekleidungsindustrie, Radiererinnung, Chemigraphen, Kupferdrucker, Tiefdrucker, Schmiede, Schleifer und Galvanisierer. Mit 6 M. wöchentlich beginnen die Steinmeggen, Feilenbauer, Gürtler, Metalldreher, Metallbrüder, Seiler, Bürstenmacher, Stubenmaler, Töpfer (6 bis 9 M.), Lithographen und Steinbrüder. Darüber hinaus gehen für das erste Lehrjahrsjahr die Mützenmacher mit 7,50 M., die Stukkateure mit 7,73 bis 15,45 M., die Gelbgießer, Kunstgießer und Metallgießer mit 8 M. und die Zuschneider von Herrenwäsche mit 8,55 bis zu 10,40 M. Im Metallgewerbe und im Baugewerbe sind Stundenätze vorgesehen. Sie schwanken im Metallgewerbe für das erste Lehrjahr zwischen 9 und 12 Pf., für Glasbläser, Former, Hammerhämmer, Kernmacher, Kupfer- und Kesselschmiede, Metallbrüder und -schleifer zwischen 11 und 18 Pf. Im Baugewerbe werden Stundenätze von 13 bis 19 Pf. und von 19 bis 25 Pf. (über 16 Jahre alt) gezahlt und eine Werkzeugenschädigung. Monatsätze sind in drei Fällen vorgesehen. Die staatliche Porzellanmanufaktur zahlt 20 M. im ersten Lehrjahr, 30 M. im zweiten Lehrjahr, 45 M. im dritten Lehrjahr und 60 M. im vierten Lehrjahr. Die Fabriktechniker zahlen im ersten Lehrjahr nichts, im zweiten Lehrjahr 15 bis 20 M. und im dritten Lehrjahr 20 bis 30 M. Kellner- oder Kochscheflinge erhalten neben Kost und Wohnung im zweiten Lehrjahr 10 M. und dann 20 M. Bei der Beurteilung dieser Ziffern kommt es mit darauf an, welche Aufwendungen für Arbeitskleidung, Wäsche und Werkzeug von den Eltern des Lehrlings zu machen sind.

Die Lohnsteuerentzückung. Der angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer ist, wie der „Vorwärts“ mitteilen konnte, dem Reichstage ausgegangen. Für Dienstleistungen nach dem 31. Dezember sollen jährlich 1200 M. vom Steuerabzug freibleiben, und zwar 720 M. als steuerfreier Lohnbetrag, 240 M. zur Abgeltung der

Verbungslosten und 240 M. zur Abgeltung der Sonderleistungen. Die Bestimmungen über die Veranlagung der Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1926 werden durch entsprechende Erhöhung der abzugsfreien Summen der Senkung der Lohnsteuer angeglichen. Die zu erwartende Senkung wird nach der Aufkommensberechnung mit 237 Millionen Mark angelegt, so daß, wie amtlich verlautet, künftig etwa 1203 Millionen Mark an jährlichem Aufkommen aus der Lohnsteuer, gegenüber 1440 Millionen bisher, zu erwarten sind. — Wie vom „Vorwärts“ weiter berichtet wird, fragt die Zentrumsfraktion des Reichstages in einer Interpellation an, ob die Reichsregierung angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage bereit sei, einen Ausschuss aus Sachverständigen des Reichstages und der Wirtschaft zur Untersuchung der allgemeinen Wirtschaftsnot und deren Ursachen einzuberufen.

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung. Im Sozialen Ausschuss des Reichstages wurde am 10. Dezember über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um 30 Proz. Beschluß gefaßt. Weiter wurde beschlossen, daß sich die Höchstsätze für die Gesamtbezüge entsprechend erhöhen. Ferner ersuchte der Ausschuss die Reichsregierung in einer von der Mehrheit angenommenen Entschliebung, sofort die nötigen Mittel bereit zu stellen, um 1. an die am 15. Dezember d. J. bereits seit sechs Monaten ausgesteuerten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 M. zusätzlich 25 M. für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen, 2. an die infolge Überschreitung der Krankenversicherungspflichtgrenze von der Erwerbslosenfürsorge nicht erfassten, länger als sechs Monate stellungslos Angestellten eine einmalige Beihilfe von 150 M. zusätzlich 25 M. für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen am 15. Dezember d. J. zur Auszahlung bringen zu können. Diese Beschlüsse erfuhren inzwischen verschiedene Veränderungen. Zunächst setzte der Hauptausschuss des Reichstages die an sich schon völlig unzureichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze auf Einspruch der Regierung auf 20 Proz. herab. Am 12. Dezember wurde dann vom Plenum des Reichstages endgültig beschlossen, die Sätze für die Hauptunterstützten um 20 Proz. und die Familiensatzsätze um 10 Proz. zu erhöhen. Für eine einmalige Hilfe an Ausgesteuerte und nichtversicherungspflichtige Angestellte werden der Wohlfahrtspflege fünf Millionen Mark überwiesen.

Zentralstellennachweis des ADGB. Vom Ortsausschuss des ADGB. Sena wird ein Arbeiterssekretär gesucht. Antritt am 1. April 1926, eventuell früher. Reflektiert wird auf eine Kraft mit gründlicher Kenntnis der Sozialgesetzgebung, des Arbeitsrechts, des bürgerlichen Rechts und allen sonstigen von einem Arbeiterssekretariat zu bearbeitenden Rechtsfragen. Außerdem wird langjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit (mindestens fünf Jahre) sowie rednerische und organisatorische Fähigkeit verlangt. Bewerbungen sind unter Angabe von Gehaltsansprüchen sowie bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 26. Dezember 1925 mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten an den Vorsitzenden des Ortsausschusses Eduard Heink, Sena, Olenstraße 36.

Rundgebung für die Sozialisierung. In einer kürzlich in Berlin abgehaltenen, vom Bund der technischen Angestellten und Beamten einberufenen öffentlichen Technikerversammlung wurde folgende, von Professor Dr. Hermann Melmer eingebrachte Entschliebung gegen zwei Stimmen angenommen: „Die Notlage der Techniker ist die Notlage der Arbeiter. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten bekommen statt ihres Arbeitsertrages nur einen Arbeitslohn, welcher den Mehrwert übrig läßt. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten können mit dem Lohn nicht ihr Erzeugnis zurückkaufen. Deshalb muß die Gütererzeugung stagnieren, Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Lohndruck, wo Lohnerhöhung richtig wäre, sind die Folge. Die Überproduktion ist Unterkonsumtion. Die Überbevölkerung, scheinbar ein größerer Bedarf an Gütern als erzeugt werden können, ist eine größere Herstellung von Gütern als gekauft werden können. Es gibt zu viel Güter — es gibt zu viel Menschen, das ist zusammen unmöglich! Erwerbslosigkeit bei schreiendem Bedarf an Gütern, Mangel bei Überangebot an Gütern ist die Folge der Trennung des arbeitenden Volkes von seinen Arbeitsmitteln. Der Privatbesitz der Produktionsmittel verursacht alles Elend der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ihr Wohlstand, gearbietet auf Arbeit, ist nur möglich durch den Gemeinbesitz der Arbeitsmittel, durch Sozialisierung.“

Die Verordnung über die Geschäftsaufsicht soll verschwinden. Zu den Maßnahmen, die die Regierung Luther noch während ihres Rücktritts treffen zu müssen glaubte, um eine Preisentzückung herbeizuführen, gehörte auch die Aufhebung der Verordnung über die Stellung unter Geschäftsaufsicht. Wenn je ein Umstand, dann hat dieser den mit unproduktiven Unternehmungen übersättigten deutschen Wirtschaftsapparat über Gebühr am Leben erhalten. Die Stellung unter Geschäftsaufsicht bedeutet für viele Unternehmungen die unnütze Verlängerung eines unmöglichen Zustandes. Meistens wurde die noch vorhandene Substanz unter dem Deckmantel der Geschäftsaufsicht von den sogenannten Hyänen des Wirtschaftsliebens aufgefressen. Nunmehr soll das Gesetz der Vorkriegszeit wieder in Kraft treten, wonach bei Zahlungsunfähigkeit vor dem Amtsgericht ein Zwangsvergleich unter Beibringung der Unterlagen, Befehle usw. geschlossen werden kann, wenn 75 Proz. der Gläubiger dem zustimmen. Sollte die neue Gesetzesvorlage zur Annahme gelangen, dann wird ein wesentlicher Fortschritt nach der Seite der Wirtschaftstreue erreicht sein. Reichswirtschaftsrat und Reichstag werden sich mit der Vorlage demnächst zu beschäftigen haben.

Neue Rentenbanknoten. An Stelle der zur Einziehung aufgerufenen Rentenbanknoten zu 10 M. ohne Kopfbildnis mit dem Datum des 1. November 1923 werden von der Deutschen Rentenbank neue Scheine im gleichen Wert mit dem Kopfbildnis einer Landfrau und dem Ausfertigungsdatum des 3. Juli 1925 ausgegeben.

Literarisches

„Arbeiten aus der Praxis als Vorkursarbeiten für Lehrer und Dozenten.“

„Die Werbung fürs Buch.“

„Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart.“

„Kunstkunden im Sozialistischen Garten.“

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Steinbruder.“

„Gewerkschafts-Archiv.“

„Witjunge Welt.“

Zum Kampfe um das Reichshausgesetz

Mit der roten Armee durch Weißrussland

Voll von morgen.

„Lehrerzettel 1925 für die arbeitende Jugend.“

Briefkasten

B. Sp. in Br.: Inf. 108, 109: 6,35 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5 II

Obergau. Bei der Firma „D e p o“

Obergau. Die bezugsberechtigten Invaliden

Beitrag Kohr. Karl S e b e l

Wittschensburg. Die verehrlichen Funktionäre

Wittschensburg. Die Kolle in Nr. 88

Wittschensburg. Das Verbandsbuch

Wittschensburg. Die Herren Funktionäre

Adressenveränderungen

Moers a. Rh. Vorkrieger: Wilhelm M a h l e r

Zur Aufnahme gemeldet

Einwendungen innerhalb 14 Tagen

Arbeitslosenunterstützung

Duisburg. Gewarnt wird vor dem Seher Armin K o c h

Nr. 801) in Frankfurt a. M. abhanden gekommen. Es ist ein neues Buch (Medienburg-Verlag Nr. 1969) ausgestellt. Das erste Buch wird für ungenügend erklärt und gegeben, dasselbe eventuell anzupassen und an L. Dahme, Schwerte, Kellerei Straße 19, einzuliefern.

Wegert Wiesbaden. Der Ecker Rudolf Hertel aus Eisenberg i. Th. ist mit Hinterlassung von Aktien und sonstiger Knaben vermüthlich von hier abgereist. Derselbe wird aufgefordert, bis zum 25. Dezember seine Karte zu begleichen, andernfalls Auslieferung erfolgt.

Verksammlungskalender

Breslau, Vertrauensmännerversammlung Montag, den 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Dresden, Korrespondenzversammlung Sonnabend, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Weinertshof“, Ecke Künster- und Kämpfstraße.

Berlin, Versammlung Sonnabend, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, in der Oberbühnen-Turnhalle (Heller Saal).

Saale u. S. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 20. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Frangisanten“, Gr. Märkerstraße.

Krefeld, Hauptversammlung Sonnabend, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „En el Brösche“, Marktstraße 41.

2866, Versammlung Freitag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 10).

Anzeigengebühr: die Schloßspaltene Seite 15 Goldspg. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldspg. Rabatt wird nicht gewährt. Anzeigen

An die Freiburger Drucker! Sonnabend, den 19. Dezember, abends 8 Uhr: Versammlung im Restaurant „Stadt Dresden“.

Arbeitsgemeinschaft des Graphischen Gewerbes Magdeburg Am Mittwoch, dem 16. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule, Brandenburger Straße 2, ein Vortrag der Schnellpressenfabrik Frankenthal.

„Unsre Werke im Film“ Statt. Die rühmlichst bekannte Firma zeigt einen interessanten und lehrreichen Film über den Werdegang ihrer Erzeugnisse.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe 7. Auflage, von J. S. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungs-Kommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckpreistarifs, Ausgabe März 1925, 6,30 M. bei Voreinbindung, 6,60 M. per Nachtr. J. S. Lindl, München, Postcheckkonto 210.

Neujahrskarten! Neu! Karten mit Neu! Lithographen- und Buchdrucker-Wappen in Gold und sieben Farben mit und ohne Blickwunsch 100 Stück blanko 3 M., mit Blickwunsch, Namen und Wohnort 5 M. Muster gratis! Rud. Beschold & Co. in Wiesbaden. Verlag, Buchdruckerei und Lith. Anstalt.

Die „Siedele Type“ und „Kummel des Lebens“ Satirische Bilder der Gegenwart sowie die Festschrift vom 63. Stiftungsfest des Bauvereins Berlin sind noch gegen Einsendung von 40 Pf. zu beziehen durch Kollegen H. Freytag, Berlin-Reukölln, Kollegierstraße 31.

Geschäftsführer erste Kraft, für größere Verlagsdruckerei in Vor- und sofort gesucht. Bewerber müssen kaufmännisch und technisch gleich hochqualifiziert und langjährige Erfahrung im Fach besitzen sowie Mitglied der D.V.D. sein. Wohnung nur im Ringtausch möglich. Offerten mit Gehaltsangabe unter K. H. 174 bis zum 24. Dezember an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

tüchtigen Rotationsmaschinenmeister zum 1. Januar 1926 suchen wir ledigen (161) zur Bedienung unserer zwölfseitigen Womag. Suchender möchte auch die Leitung der gesamten Druckereiabteilung mit übernehmen. Nur solche Fachleute wollen sich melden, die bereits ähnliche verantwortungsvolle Posten inne hatten. Wir verlangen beste Zeugnisse und bieten gute Bezahlung. Erbe & Heber, Sonneberger Zeitung.

Alterer Werk- und Zeitungsmetzer firm in allen Gattungen, sucht sofort oder zum 1. Januar Stellung. Offerten erbitte unter Z. 166 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7.

Maschinenmeister erste Kraft, der besonders Vorzügliches im Druck von ein- und mehrfarbigen Autotypen und müßtergültigen Industriefotografien leistet, findet angenehme Stellung bei sängiger Bezahlung. Gledert & Reichs, Chemographische Anstalt und Buchdruckerei, Daffau, Elisabethstraße 18.

Buchdruckfachmann, 35 Jahre alt, verheiratet, sucht sich als Betriebsleiter oder Faktor in mittleren Betrieb zu verändern. Guter Abzugsfehler, bewandert im Zeitungsweisen, tüchtiger Typograph und Linotypsetzer und befehligt ein Personal mit Takt vorzusetzen. Sehrberechtigung (Meisterprüfung). Angebote unter Nr. 164 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schwedischer Abzugsfehler mit englischen und russischen Sprachkenntnissen sucht in Leipzig oder größerer Druckstadt Kondition. Selbstgefertigte Arbeitsproben liegen zur Verfügung. Offerten unter „Stockholm 107“ an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schriftsetzer sucht Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 128 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger, lediger Maschinenmeister an Kiesel-, Schnellpresse und Notation bewandert, sucht sich zu verändern. Angebote erbeten an Franz Schmelsberg, Wlzen i. Saan., Woldbaum 25.

Maschinenmeister Mitte 40er, längere Zeit außer Beruf, sucht Stellung in Mannheim oder Umgebung. Gest. Offerten erbeten unter Nr. 176 an die Geschäftsstelle d. „Korr.“, Leipzig, Königstr. 7.

Schweizerdegen 24 Jahre alt, perfekt in Abzügen und Zeitung, wünscht sich zu verändern. Egal wohin! Werte Nachfragen erbitet Bruno Hannacher, Treuen i. Vogtl., Talstraße 7.

Tüchtiger Korrektor für wissenschaftliche Werke und Zeitschriften gesucht. Buchdruckerei (160) Dr. J. P. Datterer & Co., München-Freising.

Metal-Postergummi Korrigierfellen in sechs verschiedenen Größen empfindlich (142) M. Volgt, Leipziger-Str. 5, Papiermühlstraße 5.

Buchdrucker Das Handwaspulver Clearout reinigt die allersehmüßigsten Hände sofort. Preis 20 Pf. Verlangen Sie Probe. Berlin, Gerichtstraße 17, Rindemann, G. m. b. H.

Ruf Teilzahlungen unsere Stockhaus u. Meyer-Lexikon, Duden, Klaffter, Romane, Atlanten. Anfragen mit Rückporto an K. Elegg, München 9, Columbusstraße 1.

Stichel i. Blei, Holz, Linoleum Zeichenmaterial + Farben Werkzeuge für Drucker Verlag des Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8.

Vertreter gesucht in jeder größeren Druckerei zum Verkauf v. Werkzeugen. K. Elegg, München 9.

Seherlittel direkt vom Hersteller! blau-weiß-gefärbt, blau und grau, in metr. gut. Qualitäten Länge 110 120 130 cm Preis 6,50 6,75 6,96 M. in röhrenförmigen Körper 8,50 8,75 8,96 M. mit Umlegebogen 50 Pf. mehr. S. Schlegel, Plan 1. M. Berufs-Kleidungs-Fabrikation.

Linien zum Schneiden Werkzeuge i. Holz Verlag des Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstr. 8/11.

Öffentlich unerwartet ist am 5. Oktober unser lieber Kollege, der Drucker Reinhold Schmidt im 39. Lebensjahre gestorben. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma A. Schert, Druckerei der „Woch“, Berlin.

Am 17. November verschied infolge Altersschwäche der Schriftsetzer Peter Spahn aus Bärgele a. M., im Alter von 68 Jahren. Ferner verstarb am 6. Dezember nach langem Krankenlager infolge Arterienverkalkung der Geier Karl Bayerdörffer aus Hamburg v. d. S., im Alter von 63 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen S.-V. Frankfurt a. M.

Am 10. Dezember verschied nach nur kurzem, schwerem Leiden der Senior unsern Vereins, unser lieber Mitglied, der Inwalde Wilhelm Stände im Alter von 50 Jahren. Die Wächung, die sich der Verstorbenen in einer mehr als 30jährigen Mitgliedschaft erworben hat, sichert ihm ein dauerndes Andenken. Ortsverein Breslau.

Am 11. Dezember verschied an den Folgen eines unheilbaren Leidens der Maschinensetzer August Schuppe im Alter von 50 Jahren. Die Wächung, die sich der Verstorbenen in einer mehr als 30jährigen Mitgliedschaft erworben hat, sichert ihm ein dauerndes Andenken. Ortsverein Breslau.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 10. Dezember verschied nach nur kurzem, schwerem Leiden der Senior unsern Vereins, unser lieber Mitglied, der Inwalde Wilhelm Stände kurz vor Vollendung seines 89. Lebensjahres. Durch seine große Anhänglichkeit an den Verein und sein ruhiges Wesen hat er sich die Sympathien aller Mitglieder erworben. Wir werden dem Entschlafenen auch fernertun ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Breslau, den 12. Dezember 1925. Verein Eutenberg.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.

Am 1. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Ecker Job. Bendixen nach langer Krankheit im Alter von 29 Jahren. Die hiesige Mitgliedschaft wird dem wirklich guten Kollegen, welcher in der Mitte seines Lebens dahingerafft wurde, ein ehrendes Gedächtnis bewahren Ortsverein Eutenberg Schleswig.